



Foto: hkama – stock.adobe.com

Denen, die oft nicht gehört werden, eine Stimme geben

Förderprogramm zur Unterstützung der politischen Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2024 waren nach Information des Statistischen Bundesamtes rund 3,2 Millionen Menschen beziehungsweise 17,8 Prozent in Nordrhein-Westfalen von Einkommensarmut betroffen. Ein Leben in Armut ist neben materiellen Einschränkungen auch oftmals durch erschwerte Teilhabemöglichkeiten an Bildung und Kultur sowie durch einen begrenzten Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Mitwirkung geprägt. Politische Beteiligung ist unter diesen Umständen schwierig zu realisieren.

Angesichts wachsender sozialer Ungleichheiten und zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen ein Programm „Armut bekämpfen – Beteiligung stärken – Sozialplanung gestalten“ zur Förderung der politischen Beteiligung Armutserfahrener aufgelegt. Ziel ist es, denjenigen Menschen, die oft nicht gehört werden, eine Stimme zu geben und ihre Ansichten in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Zur Stärkung der politischen Teilhabe von Menschen mit Armutserfahrung sollen perspektivisch beteiligungsstarke Netzwerke in allen Regionen Nordrhein-Westfalens verankert werden, um den sozialen Zusammenhalt und

die Resilienz der Demokratie zu fördern. Weitere Ziele sind, Kompetenzen zur Selbsthilfe und politische Bildung zu vermitteln sowie Impulse für Veränderungen in die lokale Leistungserbringung, Infrastruktur- und Politikgestaltung einzubringen.

Für die geförderten Träger, Initiativen, Projekte und lokalen Netzwerke wurden von Juli 2025 bis Ende 2025 Fördermittel bereitgestellt, um die beschriebenen Zugangshürden abzubauen: durch Informationen zu politischen Entscheidungsprozessen, Trainings zur Stärkung von Teilhabe-Kompetenzen und Gespräche mit politischen Akteurinnen und Akteuren – um nur einige Ansätze zu

nennen. Nachfolgend werden exemplarisch zwei unterstützte Projekte vorgestellt sowie ihre Ansätze, Praxis, Erfolge und Herausforderungen beleuchtet, um damit zu zeigen, wie politische Beteiligung von Armutserfahrenen aktiv befördert werden kann. Daran anschließend folgt in einem weiteren Beitrag ein Interview mit den verantwortlichen Frauen eines Projekts in Rheine. Und schließlich werden die zentralen Erkenntnisse der Projekterfahrungen in sechs Punkten zusammengefasst.

„Nah dran. Für Teilhabe und gegen Armut“ in Castrop-Rauxel

In der Stadt Castrop-Rauxel leben knapp 76.000 Menschen. Aus sozialräumlichen Analysen der städtischen Stabsstelle Bildung, Vielfalt und Teilhabe geht hervor, dass die Lebenslagen je nach Stadtteil stark variieren und dass es mehrere Stadtteile gibt, in denen die Bewohnerschaft vor vielfältigen Herausforderungen steht. Mit der kleinräumigen Berichterstattung legt die Stadt eine wichtige Grundlage für zielgerichtete Aktionen und Unterstützungsformen, was sich unter anderem in quartiersbezogenen Treffpunkten, Anlaufstellen und niedrigschwelligen Beratungsstellen in ausgewählten Sozialräumen widerspiegelt. Der persönliche Kontakt, ein offenes Ohr und Gespräche über alltägliche Sorgen sind dabei ebenso wichtig wie die Vermittlung in bestehende Hilfsangebote.

Sarah Romberg, die im Caritasverband für die Stadt Castrop-Rauxel e. V. in der Sozialberatung tätig ist, begegnet vielen Menschen, die durch die aktuelle politische Situation verunsichert sind. Sie haben Existenzängste und befürchten, dass der bezahlbare Wohnraum immer knapper und unzugänglicher wird oder dass sie in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden könnten. Gründe hierfür sind die geplanten Änderungen im Aufenthalts- und Sozialrecht, die langen Bearbeitungszeiten der Behörden und fehlende persönliche Ansprechpersonen. Der Wunsch, einem Austausch über diese Gedanken mehr Raum geben zu können, ist die Grundlage für ihre Mitwirkung am geförderten Projekt „Nah dran. Für Teilhabe und gegen Armut“.

Veronika Borghorst, Vorständin des Caritasverbandes Castrop-Rauxel, und Regina Kleff, städtische Beigeordnete für Jugend, Schule und Soziales, haben sich nach der Veröffentlichung des Aufrufes im Frühling 2025 über die Idee, einen politischen Stammtisch zu organisieren,

ausgetauscht und gemeinsam Formalitäten und Umsetzung abgestimmt. Dass die Caritas mit ihren Erfahrungen und Zugängen das Projekt umsetzt, sei schnell klar gewesen, so Regina Kleff. Sie führt weiter aus: „Die freien Träger sind wichtig, weil sie die Kontakte zu den Menschen vor Ort haben. Es gibt die Sozialberatung, Sprachkurse, die Essensausgaben und viele Ehrenamtliche, mit denen wir direkt durchstarten können. Ich möchte nicht, dass sich die Menschen ausgeschlossen oder abgehängt fühlen, und mich interessieren die Anliegen von denjenigen, die von sich aus nicht in die Sprechstunde des Bürgermeisters gehen.“

So wurde ab September das Konzept mehrerer politischer Stammtische umgesetzt. Ein Angebot, das an bestehenden Strukturen und Standorten im gesamten Stadtgebiet andockt: an Sprachkursen, Tafelausgaben, der Suppenküche und der Migrationsberatung. Unter professioneller Begleitung konnten sich die Menschen in angenehmer Atmosphäre über ihre dringenden Themen austauschen.



Foto: Lisa Bartling, privat

Dabei ging es beispielsweise um die Erweiterung von Sprachkursen als Schlüssel zur Integration in den Arbeitsmarkt oder um Anschlussperspektiven für Menschen, die an einer Maßnahme des Jobcenters teilnehmen. Es gab während der Treffen viele Momente, in denen die Teilnehmenden ganz offen über ihre Gedanken und Schicksale gesprochen haben. Einige von ihnen hatten das Gefühl, von der Politik nicht gehört und nicht gesehen oder sogar vergessen zu werden. Der geschützte Rahmen, in dem sich alle äußern konnten, half dabei, die eigenen Anliegen und Themen ohne Angst und Scham einzubringen, ein Stück weit Hoffnung zu schöpfen und zu erkennen, dass man mit seinen Problemen oder Ängsten nicht allein ist.

Wichtig an dem Konzept der politischen Stammtische ist, dass die Teilnehmenden nicht ausschließlich unter sich bleiben, sondern auch unterschiedliche Lokalpolitikerinnen und -politiker eingeladen werden – darunter die Beigeordnete für Jugend, Schule und Soziales der Stadt Castrop-Rauxel Regina Kleff sowie der Landrat des Kreises Recklinghausen Bodo Klimpel. Zum Projektabschluss kam schließlich auch Bürgermeister Rajko Kravanja hinzu, dem die Stammtischthemen Sprachkurse, Wohnraum, Beschäftigung und Behördengänge vorgestellt wurden. Zudem fand eine Gesprächsrunde mit ihm statt, in der weitere Fragen zu andauernden Bauarbeiten in der Stadt, zum ÖPNV sowie zu langen Bearbeitungszeiten von Anträgen in Behörden gestellt wurden. Bei diesen Begegnungen ging es darum, sich kennenzulernen, mehr Gespür für die Anliegen des Gegenübers zu erlangen und auch konkrete Hinweise als „Hausaufgaben“ für die Stadt- und Kreisverwaltung oder die Politik zu formulieren.

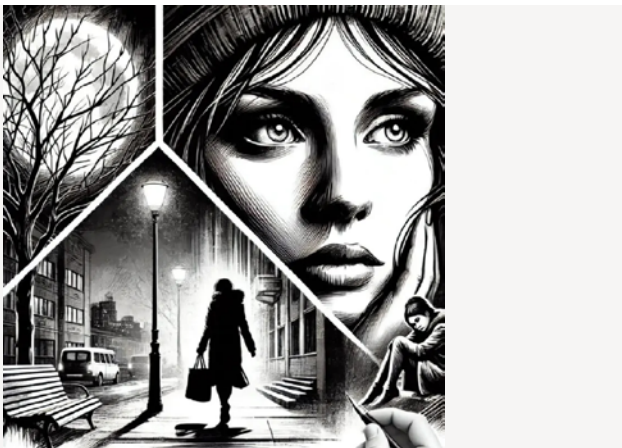


Foto: Frauen*Salon

Das Projektbeispiel macht deutlich, dass ein Vorhaben kurzfristig umsetzbar ist, wenn bereits vielfältige Kontakte zu den Menschen im Stadtteil sowie zu Ehrenamtlichen bestehen. Mit den Stammtischen erhielten die Anliegen der Menschen einen eigenen Raum. Gespräche über persönliche Nöte oder politische Veränderungen fanden nun nicht mehr nur zwischen Tür und Angel statt, sondern in einem geschützten, exklusiven Rahmen. Dass lokale Politikerinnen und Politiker und die Sozialdezernentin zu Besuch kommen und sich konkret nach persönlichen Anliegen erkundigen, trägt dazu bei, dass der Stammtisch an Relevanz gewinnt und die Menschen positive Erfahrungen mit Politik und Verwaltung machen. Eine wertschätzende Atmosphäre und schwerwiegende Themen scheinen dabei sehr gut zusammenzupassen. Denn das Setting bietet den idealen Rahmen, um niedrigschwellig Begegnungen mit

der Bearbeitung komplexer Problemlagen zu verknüpfen. Die unterschiedlichen Begegnungen ließen einen intensiven Dialog entstehen, der über den Moment hinaus nachwirkt. Dazu wäre es ohne die Stammtische nicht gekommen. Mit Sarah Rombergs Worten: „Nah dran sein tut gut.“

„Von der Straße zum Aktionstag“ – Tagung des Frauen*Salons in NRW, Netzwerk zur Selbstvertretung von Frauen mit Wohnungslosigkeitserfahrung

Mit Wohnungslosigkeit fallen für viele Menschen in dieser Lebenslage Erfahrungen von Armut, gesellschaftlichem Ausschluss und Schutzlosigkeit zusammen. Dies gilt besonders für Frauen. Der Frauen*Salon unter dem Dach der Wohnungslosen_Stiftung hat sich zur Aufgabe gemacht, der Unsichtbarkeit und Isolation wohnungsloser Frauen einen digitalen Vernetzungs-, Austausch- und Informationsraum entgegenzusetzen – das Sternchen steht dafür, dass alle Menschen, die sich als Frau verstehen, dort willkommen sind. Indem die eigene Lebenslage als Folge struktureller Defizite und nicht als persönliches Versagen erkannt wird, kann die erfahrene Beschämung entkräftet werden und Selbstwirksamkeitsüberzeugung wachsen. Der Unterstrich im Namen der Berliner Stiftung steht dabei symbolisch für die Leerstelle, die der fehlende Wohnraum für die Gesellschaft bedeutet.

Die Förderlinie „Stärkung der politischen Beteiligung Armutsbetroffener“ des nordrhein-westfälischen Programmauftrags ermöglichte die Durchführung eines Treffens des Frauen*Salons für wohnungslose Frauen vom 24. bis 26. November 2025 im Haus am Turm der evangelischen Tagungs- und Begegnungsstätte in Essen. Zentraler Ansatz war das persönliche und politische Empowerment für die Teilnehmerinnen.

Rund 25 Teilnehmerinnen bewegten sich in den drei Tagen in einem geschützten Rahmen, der Raum für Gemeinschaftserleben, Stärkung der Selbstwirksamkeit, die gemeinsame Entwicklung von politischen Positionen und Workshops zur Stärkung von politischer Betätigung bot. Durch die terminliche Anlehnung an den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November entstand eine unmittelbare Verbindung von politischer Theorie und Praxis. Die in Workshops erarbeiteten Techniken und Instrumente zur Stärkung und Qualifizierung der politischen Praxis für diese gesellschaftliche Gruppe, die Ausgrenzung und Gewalt erlebt, mündeten

in eine konkrete politische Aktion: die gemeinsame Teilnahme an einer Demonstration zum Gedenk- und Aktionstag.

In Trainings wurden Grundlagen der Medienarbeit, der Umgang mit Anfragen, die Vorbereitung kurzer Statements sowie die sichere Darstellung eigener Positionen und Perspektiven als Vertreterinnen einer vulnerablen Gruppe vermittelt. Kreativwerkstätten zu Collagen, Mal- und weiteren Ausdrucksformen schafften Gelegenheiten, persönliche Erfahrungen sichtbar und gemeinsam nutzbar zu machen.

Das niedrigschwellige und partizipativ konzipierte Begegnungs-, Austausch- und Entwicklungsformat bot den aus ganz Deutschland angereisten Frauen einen kostenlosen Zugang – anders wäre ihnen eine Teilnahme gar nicht möglich gewesen. Gerade die noch akut wohnungslosen Frauen fanden in den drei Tagen in Essen auch einen Erholungsraum durch einen sicheren, warmen und trockenen Aufenthalt sowie ungehinderten Zugang zu Hygienemöglichkeiten und selbstbestimmte Nahrungsaufnahme.

Die Stärkung der Selbstwirksamkeit erfolgte sowohl durch praxisnahe Trainings zu diversen Themen, wie etwa Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Rechtsfragen, Arbeit und Ausbildung, als auch durch den wertschätzenden und achtsamen Austausch über die individuellen Lebenslagen der Expertinnen in eigener Sache.

Die Initiatorinnen des Projekts – Manja Starke aus Heimbach und Janita Juvonen aus Essen – brachten als Erfahrungsexpertinnen ihre Expertise auch hinsichtlich der notwendigen Rahmenbedingungen und der achtsamen Durchführung der Präsenztage ein. Sie wurden dabei von der Wohnungslosen_Stiftung unterstützt. Die weiterhin laufende Zusammenarbeit mit der Stiftung zielt darauf ab, die armutserfahrenen Frauen zu hören, sichtbar zu machen und ihnen Gestaltungsräume zu eröffnen.

Als zentraler Erfolgsfaktor für das Treffen hat sich der partizipative Vorbereitungsprozess erwiesen. Armutserfahrene potenzielle Teilnehmerinnen hatten online die Möglichkeit, Anliegen und Themen einzubringen, die im Verlauf des Treffens aufgegriffen wurden. Diese Vorbereitung stärkte das Gefühl der Mitbestimmung und sorgte dafür, dass die Inhalte nah an den Interessen der Teilnehmenden orientiert waren.

Das Prinzip der Partizipation bei Planung, Organisation und Durchführung des dreitägigen Austauschtreffens erforderte dabei einen konstruktiven Umgang mit den individuellen Möglichkeiten des Engagements der einzelnen Frauen. Jahrelange, teilweise lebenslange soziale und ökonomische Benachteiligungen und Gewalterfahrungen haben sich in die armutserfahrenen Frauen eingeschrieben. Unbedingte Freiwilligkeit bezüglich der Teilnahme an Angeboten, verabredete allseitige Achtsamkeit in triggernden Situationen und nicht zuletzt die zwei- bis dreifache Besetzung bei Diensten und Aufgaben zur Durchführung des Treffens – vom Spüldienst bis zur Austauschmoderation – zeigten im reibungslosen Ablauf wie auch in der ebenso engagierten wie entspannten Atmosphäre während der Tagung ihre Wirkung. In diesen Elementen bewies sich insbesondere die Unabdingbarkeit partizipativer Prozesse, und die aus der eigenen Erfahrung resultierende Expertise ermöglichte letztlich die Beachtung dieser erfolgskritischen Faktoren.

Durch die Mischung aus einem achtsamen und solidarischen Miteinander der Teilnehmerinnen, gezieltem Empowerment, politischer Bildung, kreativen Formaten und politischer Praxis entstand ein Ort, an dem die Erfahrungen wohnungsloser Frauen anerkannt und ihre Stimmen gestärkt wurden, sie Sichtbarkeit erlangten und konkrete Schritte für Veränderungen formuliert werden konnten. Die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Treffen bilden für die Teilnehmerinnen eine Grundlage, sich weiterhin für die öffentliche Wahrnehmung und Verbesserung der Lebenslagen wohnungsloser Frauen, auch in eigener Sache, einzusetzen und mit relevanten politischen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren proaktiv in Austausch zu treten.

INFOBOX

EXTERNE ANSPRECHPERSONEN

Verena Borghorst

Caritasverband für die Stadt Castrop-Rauxel e. V.

v.borghorst@caritas-castrop-rauxel.de

Manja Starke

Wohnungslosen_Stiftung

manja.starke@wohnungslosenstiftung.org

Stefan Schneider

Wohnungslosen_Stiftung

stefan.schneider@wohnungslosenstiftung.org

AUTORINNEN

Lisa Bartling und Susanne Marx



Foto: Prostock-studio – stock.adobe.com

„Im Kern ging es um eines: Vertrauen“

Ein Interview mit Anna Lena Wessendorf und Laura Schulmeister vom Caritasverband Rheine e. V. über die Unverzichtbarkeit des Vertrauensaufbaus, strukturelle Barrieren und die Herausforderungen von politischer Beteiligung für Menschen in prekären Lebenslagen.

G.I.B.: Können Sie bitte kurz skizzieren, was Ihre Aufgaben im Kontext der Armutsbekämpfung in den vergangenen Jahren waren und aktuell sind?

Anna Lena Wessendorf: Die Wohnungsnotfallhilfe des Caritasverbandes Rheine ist bewusst breit aufgestellt. Sie reicht von der allgemeinen Sozialberatung – etwa zur Existenzsicherung und Unterstützung bei Anträgen – über aufsuchende Hilfen bis hin zu weiterführenden Unterstützungsangeboten. Finanziert durch die Landesinitiative „Endlich ein ZUHAUSE!“ betreiben wir eine sogenannte Kümmererstelle, die auch über Rheine hinaus Menschen berät, um Wohnungsverlust möglichst frühzeitig zu verhindern. Ergänzend arbeiten wir im Rahmen einer Fachstelle für Wohnraumsicherung eng mit der Stadt Rheine zusammen, insbesondere wenn Räumungsklagen vorliegen. Für Menschen mit weitergehendem Unterstützungsbedarf steht zudem ein ambulant betreutes Wohnen nach § 67 SGB XII zur Verfügung, um langfristige Stabilität zu ermöglichen.

Wie sind Sie auf das Thema Beteiligung aufmerksam geworden und warum erschien der Förderaufruf passend?

Anna Lena Wessendorf: Ein wesentlicher Ausgangspunkt war das Netzwerk „Wohin?“ in Rheine. In diesem Netzwerk sind nahezu alle Akteure vertreten, die mit wohnungslosen oder armutsbetroffenen Menschen arbeiten – von der Bahnhofsmission über den Treff 100 bis hin zu Beratungsstellen und der Stadtverwaltung. In diesem regelmäßigen Austausch wird schnell deutlich, wo Angebote greifen und wo Lücken bestehen. Die Projektidee ist genau aus dieser Beobachtung entstanden: aus der Erkenntnis, dass Beteiligung eine dieser Lücken ist, und dem Wunsch, Beteiligung nicht nur zu fordern, sondern praktisch und alltagsnah zu ermöglichen.

Was waren aus Ihrer Sicht die zentralen Aufgaben im Projekt?

Laura Schulmeister: Im Kern ging es um eines: Vertrauen. Bereits die erste Kontaktaufnahme erwies sich als schwierig, insbesondere dann, wenn das Wort „Politik“ fiel. Viele Menschen reagieren darauf mit Skepsis oder

offener Ablehnung. Die Enttäuschung über frühere Erfahrungen mit Behörden und politischen Prozessen sitzt tief. Aussagen wie „Das bringt doch sowieso nichts“ oder „Es passiert ja eh nichts“ begegneten uns an ganz unterschiedlichen Orten – und erstaunlich einheitlich. Diese Haltung ist bei vielen fest verankert.

Mit welcher Strategie wollten Sie die Menschen erreichen – und was hat sich als tragfähig erwiesen?

Laura Schulmeister: Zu Beginn fiel die Projektphase in den Kommunalwahlkampf, was den Zugang zusätzlich erschwerte. Klassische Wege wie Flyer, Aushänge oder die Ansprache über Beratungsstellen blieben zunächst weitgehend wirkungslos. Auch punktuelle Aktionen, etwa am Tag der Wohnungslosen, führten zwar zu einzelnen Rückmeldungen, aber nicht zu nachhaltigen Kontakten. Erst mit offenen Gesprächsformaten an vertrauten Orten – etwa im Café am Stadtberg oder im Treff 100 – kam Bewegung in den Prozess. Entscheidend war, dass wir zu den Menschen gegangen sind und nicht umgekehrt.



Foto: Stockfotos-MG – stock.adobe.com

Wie haben sich diese offenen Gesprächsrunden entwickelt?

Laura Schulmeister: Gerade im Café am Stadtberg zeigte sich, wie wichtig Kontinuität ist. Durch regelmäßige Präsenz entstand Vertrauen, die Teilnehmenden wurden mehr, die Gespräche über Erwartungen und auch deren Grenzen an Politik und Verwaltung tiefer. Menschen berichteten, dass sie sich erstmals ernsthaft gehört fühlten. Es wurden nicht nur Probleme benannt, sondern auch Ideen entwickelt – etwa zur Stärkung des Ehrenamts oder zu neuen Formen der Bürgerbeteiligung. Im Treff 100 verlief der Prozess deutlich schwieriger. Da sich hier ein Gesprächsformat zunächst nicht etablieren ließ, half es, informelle

Situationen zu nutzen, etwa während des Frühstücks oder der Essensausgabe, um ins Gespräch zu kommen.

Haben die Menschen grundsätzlich Interesse daran, sich stärker in politische Prozesse einzubringen?

Laura Schulmeister: Ja, das Interesse ist durchaus vorhanden – allerdings unter erheblichen Vorbehalten. Armut ist kräftezehrend. Wer täglich um Wohnung, Geld und Versorgung kämpfen muss, dem fehlen Zeit, Energie und Ressourcen für politische Beteiligung. Hinzu kommen Erfahrungen von Stigmatisierung und das Gefühl, ohnehin nicht gehört zu werden. Politische Frustration ist in den Gesprächen allgegenwärtig und verstärkt die Distanz zu Beteiligungsangeboten.

Welche Rolle spielen Scham und Selbstzweifel in diesem Kontext?

Anna Lena Wessendorf: Scham ist eine zentrale, oft unterschätzte Barriere. Eine Meinung zu haben, bedeutet nicht automatisch, sie auch äußern zu können. Viele Menschen zweifeln am Wert ihrer eigenen Stimme oder fürchten negative Reaktionen. Deshalb braucht es niedrigschwellige, geschützte Räume und verlässliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die Vertrauen aufbauen und Beteiligung Schritt für Schritt ermöglichen.



Anna Lena Wessendorf • Foto: privat

Ist die Ansprache lokaler Politik für die Menschen ein Thema?

Laura Schulmeister: In der Regel nicht. Auf die Frage, an wen sie sich mit Ideen oder Anliegen wenden würden, nannten viele eher Beratungsstellen wie die Caritas – politische Akteure spielten kaum eine Rolle. Zwar gibt es Überlegungen, gemeinsame Gesprächsrunden mit der Kommunalpolitik zu organisieren oder die Teilnahme an

Podiumsdiskussionen zu ermöglichen. Doch ohne vorherige Vertrauensbasis bleiben solche Angebote ungenutzt.

Welche Barrieren erweisen sich insgesamt als besonders gravierend?

Laura Schulmeister: Neben Scham und Alltagsbelastungen ist es vor allem der Begriff „Politik“ selbst, der abschreckend wirkt. Er ist für viele negativ besetzt. Deshalb haben wir bewusst andere Begriffe gewählt und von „Mitreden über den Alltag in Rheine“ gesprochen. Die eigentliche Herausforderung ist nicht mangelndes Interesse an Demokratie, sondern eine Vielzahl struktureller Hürden: fehlende Zugänge, wenig aufsuchende Beteiligungsformate und kaum Rückmeldungen darüber, was mit geäußerten Anliegen geschieht.



Laura Schulmeister • Foto: privat

Wie gehen Sie mit Frustration und Enttäuschung um, die Ihnen begegnen?

Anna Lena Wessendorf: Die Enttäuschung ist real und nachvollziehbar. Besonders beim Thema Wohnen wird sie deutlich. Menschen berichten von jahrelangen Versprechungen ohne sichtbare Verbesserungen.

Laura Schulmeister: Ein Gespräch mit einem Mann, der in einem Container lebt und keinerlei Perspektive auf Arbeit oder Wohnraum sieht, verdeutlicht diese Ohnmacht. Solche Erfahrungen prägen das Vertrauen in politische Prozesse nachhaltig.

Was soll mit den im Projekt gewonnenen Erkenntnissen geschehen?

Anna Lena Wessendorf: Die gesammelten Anliegen und Ideen wollen wir gebündelt an die Kommune weitergeben und in einen kontinuierlichen Austausch eintreten. Ziel ist ein gemeinsamer Handlungsprozess, der über punktuelle Projekte hinausgeht. Was dies konkret heißen kann, ist noch offen. Zwar gab es Bereitschaft seitens Politik und Verwaltung, diesen Dialog zu führen, doch die kurze Projektlaufzeit setzte hier enge Grenzen. Positiv ist, dass über das bestehende Netzwerk „Wohin?“ bereits tragfähige Strukturen existieren, auf denen künftig aufgebaut werden kann.

INFOBOX

INTERVIEWTE PERSONEN

Laura Schulmeister
Caritasverband Rheine e. V., Wohnraumsicherung
laura.schulmeister@caritas-rheine.de

Anna Lena Wessendorf
Caritasverband Rheine e. V., Wohnraumsicherung
anna-lena.wessendorf@caritas-rheine.de

INTERVIEW UND TEXT

Dr. Frank Nitzsche
f.nitzsche@gib.nrw.de

Zentrale Erkenntnisse, was wir aus den Beispielen lernen können – eine Einordnung

Die zwei Praxisbeispiele und das Interview machen deutlich, dass die Hürden für politische Beteiligung arbeitsbetroffener Menschen nicht in Aktivierungsproblemen liegen, sondern strukturelle Ursachen haben. Ein auf Erfahrung begründetes Misstrauen gegenüber Institutionen und Prozessen sowie gegenüber Beteiligungsangeboten mit hohen Zugangsvoraussetzungen, eine Überlastung durch den ständigen Mangel an existenziell notwendigen „Lebens-Mitteln“, Schamerleben durch individualisierte Schuldzuschreibungen und systematische Ausgrenzung lassen arbeitsbetroffene Menschen an ihrer Wirksamkeit und am Sinn politischer Beteiligung zweifeln. Daraus ergeben sich folgende zentrale Erkenntnisse:

1. Vertrauen ist eine Voraussetzung, kein Nebenprodukt. Beteiligungsformate greifen nur dann, wenn sie langfristig angelegt sind und durch bekannte und verlässliche Akteurinnen und Akteure begleitet werden. Kurzfristige Projekte oder einmalige Dialogveranstaltungen reichen nicht aus.
2. Aufsuchende Beteiligung ist entscheidend. Es ist nicht zu erwarten, dass Menschen in prekären Lebenslagen die üblichen politischen Formate nutzen. Beteiligung muss dorthin verlagert werden, wo Menschen mit Armutserfahrung sich ohnehin aufhalten: in Beratungsstellen, Treffpunkten oder sozialräumlichen Angeboten.
3. Ohne Kooperation zwischen Kommune und Trägerschaft geht es nicht. Da die sozialräumlichen Anlaufstellen zumeist in Trägerschaft der freien Wohlfahrtspflege liegen, ist eine Zusammenarbeit alternativlos. Die kommunale Verwaltung selbst hat in der Regel keine eigenen Zugänge zu den Menschen; die Mitarbeitenden der Träger verfügen dagegen über gewachsene Vertrauensbeziehungen.
4. Sprache schafft Zugang oder Distanz. Begriffe wie „Politik“, „Gremium“ oder „Beteiligungsverfahren“ wirken auf viele abschreckend. Alltagsnahe, verständliche Ansprache und thematische Nähe zu den Lebensbedingungen der Betroffenen senken Zugangsbarrieren erheblich.
5. Rückmeldung ist zentral. Menschen beteiligen sich nur dann erneut, wenn sie erleben, dass ihre Anliegen ernst genommen werden und sichtbar in Entscheidungsprozesse einfließen. Fehlende Rückkopplung bestätigt die Vorannahme der Einflusslosigkeit und verstärkt Frustration und Rückzug.
6. Beteiligung ist immer zumutbar. Auch wenn kleine oder umfangreichere Beteiligungsschritte je nach Zielgruppe unterschiedlich intensiv und sensibel vorbereitet werden müssen, bringen diese Momente, das Sich-einbringen-Können und das Einander-Begegnen, wichtige Annäherungen. Ungeachtet jeglicher Kleiderordnung lassen sich diese Begegnungen organisieren und sind eine entscheidende Möglichkeit, Prozessen der Entfremdung entgegenzuwirken.

IMPRESSUM

G.I.B.-Beiträge zur Arbeits- und Sozialpolitik

HERAUSGEBERIN

G.I.B. – Gestaltung, Innovation und Beratung

in der Arbeits- und Sozialpolitik GmbH

Im Blankenfeld 4 • 46238 Bottrop

Tel.: 02041 767-0 • Fax: 02041 767-299

mail@gib.nrw.de • www.gib.nrw.de

Geschäftsführer: Torsten Withake (V. i. S. d. P.)

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR

Josef Muth

j.muth@gib.nrw.de

FACHLICHE ANSPRECHPERSONEN IN DER G.I.B.

Lisa Bartling

l.bartling@gib.nrw.de

Susanne Marx

s.marx@gib.nrw.de

Dr. Frank Nietzsche

f.nitzsche@gib.nrw.de

GESTALTUNG

G.I.B. GmbH

Mai 2026